

Steuervorlage 17:

Bekämpfen wir dieses Paket, verteidigen wir den Services public!

Das Scheitern der Unternehmenssteuerreform III mit mehr als 59% Nein-Stimmen hat es gezeigt: Die Schweizer Bevölkerung ist nicht bereit, einen hohen Preis für eine vermeintliche «wirtschaftlichen Attraktivität» der Schweiz zu bezahlen. Die Schweizer Wirtschaft sollte dies besser nicht vergessen. Der neue Vorschlag des Bundesrates unter dem Namen «Steuervorlage 17» verneint diese einfache Schlussfolgerung aus dem vorangehenden Abstimmungsdebakel und lässt nicht erkennen, dass der Bundesrat aus seiner Niederlage gelernt hätte. Die «sozialen Kompensationsmassnahmen» (Erhöhung der Mindestvorgabe für kantonale Familienzulagen), die man der Linken und den Gewerkschaften schmackhaft machen will, sind sehr mager ausgefallen; dies umso mehr, als diese Massnahmen in verschiedenen Kantonen gar nichts mehr bewirken würden. Die übrigen vorgeschlagenen Massnahmen werden die kolossalen Verluste bei den kantonalen und Bundessteuereinnahmen bei Weitem nicht kompensieren können, dies zulasten der Bevölkerung und des Service public. Wenn die vorgeschlagenen Lasten ähnlich wie bei der letzten Vorlage verteilt sind, so ist auch das Volumen kaum geringer. Die Vorlage wird verschiedene Kantone einem noch schärferen Steuerwettbewerb aussetzen und das Total der Unternehmenssteuereinnahmen massiv reduzieren.

Die Gewerkschaft VPOD kann diese Vorlage in dieser Form deshalb nur bekämpfen. Sie hätte gravierende Auswirkungen auf die Qualität des Service public und die Bedingungen für die Beschäftigten. In Zeiten, in welchen die meisten Kantone ohnehin schon am Abbau ihrer Leistungen und der Bund für das Budget 2018 scharfe Sparmassnahmen insbesondere in der Bildung ankündigt, werden wir es nicht zulassen, dass die Situation durch eine ungerechte Steuervorlage noch weiter verschlechtert wird.

Die Delegiertenversammlung des VPOD bekräftigt, dass sie die Abschaffung der Steuerprivilegien unterstützt, sie fordert aber:

- **Das Projekt muss mit anderen Steuereinnahmen bei Unternehmungen und Aktionären gegenfinanziert werden, um alle Ausfälle bei Unternehmenssteuern zu kompensieren.**
- **Der kantonale Steuerwettbewerb und das gegenseitige Unterbieten des kantonalen Steuerniveaus Mindestmuss beendet werden (es muss also ein Mindestsatz für Unternehmenssteuern festgelegt werden).**
- **Es dürfen keine neuen Steuerumgehungsinstrumente (wie Patentbox u.ä.), sondern nur international anerkannte und geregelte Mechanismen eingesetzt werden.**

Der VPOD wird jede Vorlage, die diesen Anforderungen nicht genügt, vehement bekämpfen und ruft alle gewerkschaftlichen und fortschrittlichen politischen Kräfte auf, sich in gleicher Weise zu engagieren.